

2312/J XX.GP

Anfrage
der Abgeordneten Rossmann
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Schließung und Zusammenlegung von Gendarmerieposten und
Wachzimmern in der Steiermark
Gerade die verstärkte Schließung, Verlegung oder Zusammenlegung von Gendarmerieposten
bzw. Polizei-Wachzimmern in der Steiermark stößt bei vielen Bürgern auf großen Widerstand,
löst Ängste aus und lässt ein Ansteigen der Kriminalität erwarten bzw. befürchten.
Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres
folgende

Anfrage

1. Welche Posten werden in den nächsten fünf Jahren in der Steiermark aufgelöst, verlegt, zusammengelegt oder neu eröffnet?
2. Welche Posten wurden in den letzten 2 Jahren in der Steiermark aufgelöst, verlegt, zusammengelegt oder neu eröffnet?
- 3 . Wie lautet der aktuelle Stand an Planstellen bei der Gendarmerie bzw. Polizei per 01.01.1997 und wie hat sich die Anzahl in den letzten 2 Jahren verringert bzw. erhöht?
4. Wie hoch ist der tatsächliche Personalstand per 01.01.1997 und wie hat sich dieser in den letzten 2 Jahren verringert bzw. erhöht?
5. Wie werden sich die Planstellen bzw. der tatsächliche Personalstand bei der Gendarmerie bzw. Polizei in den nächsten fünf Jahren in der Steiermark entwickeln?
6. Wie erklären Sie den Bürgern den Abbau an objektiver und subjektiver Sicherheit, der durch die Schließung von Wachzimmern und Gendarmerieposten in Salzburg entstehen würde?
7. Welche Maßnahmen werden Sie setzen um dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger gerecht zu werden?
8. Um welche Kostensparnis handelt es sich bei der Schließung, Verlegungen oder Zusammenlegungen von Posten und Wachzimmern in den nächsten fünf Jahren und stehen diese vermeintlichen Kosteneinsparungen überhaupt im Verhältnis zum erhöhten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung?